

# **Gemeinsame Erklärung**

## **zu den gewalttätigen Auseinandersetzungen von kriminellen Gruppierungen im Großraum Stuttgart**

Seit Juli 2022 gibt es im Großraum Stuttgart wiederholt Auseinandersetzungen zweier rivalisierender krimineller Gruppen. Die Konflikte münden oft in Gewaltdelikte und sind zum Teil bereits in Schussabgaben eskaliert.

Die Strafverfolgungsbehörden haben auf die Vorfälle frühzeitig und entschieden reagiert und bereits eine Vielzahl an Festnahmen und Sicherstellungen vollzogen. Dennoch sind negative Folgen der Ereignisse auf das Sicherheitsempfinden der Menschen in den betreffenden Regionen feststellbar.

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg, die kommunalen Landesverbände und die betroffenen Kommunen treten den kriminellen Gruppierungen gemeinsam mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegen und gehen nachdrücklich und wirksam gegen diese vor:

**Wir bekämpfen den von den Gruppierungen in der Öffentlichkeit ausgetragenen gewalttätigen Konflikt konsequent und schöpfen hierfür alle rechtsstaatlich zur Verfügung stehenden Möglichkeiten aus!**

Wir setzen uns entschieden dafür ein, weitere Taten zu verhindern, indem wir in einer vertrauensvollen und effektiven Zusammenarbeit die Prüfung und den folgerichtigen Vollzug angemessener Maßnahmen nach dem Verwaltungsrecht sowie die Initiierung lokaler Präventionsaktivitäten gewährleisten. Wir suchen nach Lösungen, um junge Menschen zu einer Abkehr vom Umfeld gewaltbereiter Gruppierungen zu bewegen. Gleichzeitig passen wir unsere bisherigen Aktivitäten an die in Rede stehenden dynamisch wachsenden Tätergruppen an und bauen sie im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel aus.

Dazu werden wir auch zukünftig das gesamte präventive und verwaltungsrechtliche Instrumentarium nutzen.

Gemeinsam wollen wir

- junge Menschen aus dem Umfeld der Gruppen erreichen und diese vor einem Abrutschen in kriminelle Strukturen bewahren, indem wir ihnen Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten anbieten,
- in regionalen Sicherheitstagungen, die von den zuständigen regionalen Polizeipräsidien unter Einbindung der betroffenen Rathäuser und Landratsämter ausgerichtet werden, die Zusammenarbeit stärken,
- die Möglichkeit ordnungsrechtlicher, insbesondere gewerberechtlicher, fahrerlaubnisrechtlicher, ausländerrechtlicher und waffenrechtlicher Maßnahmen niederschwellig prüfen sowie
- in einem engen Schulterschluss behördenübergreifender Zusammenarbeit eine effektive Gesamtstrategie zur Verhinderung weiterer Taten entwickeln.

Die Sicherheit und Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger stehen für uns an höchster Stelle. Dieser Verantwortung werden wir gemeinsam gerecht.



Thomas Strobl, Stellv.  
Ministerpräsident und Innenminister  
Baden-Württemberg



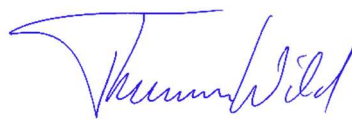
Dr. Stefanie Hinz,  
Landespolizeipräsidentin



Andreas Stenger, Präsident  
Landeskriminalamt Baden-  
Württemberg



Reiner Möller, Präsident  
Polizeipräsidium Aalen



Thomas Wild, Präsident  
Polizeipräsidium  
Ludwigsburg



Udo Vogel, Präsident  
Polizeipräsidium  
Reutlingen



Markus Eisenbraun, Präsident  
Polizeipräsidium Stuttgart



Bernhard Weber, Präsident  
Polizeipräsidium Ulm

Steffen Jäger, Präsident  
Gemeindetag Baden-  
Württemberg

Joachim Walter, Präsident  
Landkreistag Baden-Württemberg

Dr. Frank Mentrup,  
Präsident Städtetag Baden-  
Württemberg

Heinz Eininger, Landrat  
Landkreis Esslingen

Edgar Wolff, Landrat Landkreis  
Göppingen

Dietmar Allgaier, Landrat  
Landkreis Ludwigsburg

Dr. Richard Sigel, Landrat  
Rems-Murr-Kreis

Matthias Klopfer, Oberbürgermeister  
Stadt Esslingen am Neckar

Almut Cobet, Erste  
Bürgermeisterin Stadt  
Göppingen

Matthias Knecht,  
Oberbürgermeister Stadt  
Ludwigsburg

Dr. Johannes Fridrich,  
Oberbürgermeister Stadt Nürtingen

Bernd Hornikel,  
Oberbürgermeister Stadt  
Schorndorf

Frank Buß, Bürgermeister  
Stadt Plochingen

Dr. Clemens Maier, Bürgermeister  
Stadt Stuttgart